

## **Medienmitteilung**

### **Eckpfeiler zu Einheitsgemeinde vorgeschlagen**

**Der Schul- und der Gemeinderat haben im Hinblick auf eine Grundsatzabstimmung im März 2010 die wichtigsten Eckpfeiler für eine künftige Einheitsgemeinde diskutiert. Der Schulrat soll weiterhin vom Volk gewählt werden. Der Schulratspräsident wird Mitglied des Gemeinderates. In finanzieller Hinsicht wird erwartet, dass die Einheitsgemeinde etwa kostenneutral sein wird.**

Im Frühjahr 2008 setzten der Schul- und Gemeinderat eine Kerngruppe ein mit dem Auftrag, die Bildung einer Einheitsgemeinde zu prüfen. Nach einigen Vorarbeiten haben die Behörden – inklusive die Dorfkorporationen Jonschwil und Schwarzenbach - am 17. November 2009 mit den Vorständen der vier Ortsparteien einen Informations- und Diskussionsabend durchgeführt und dabei mögliche Vorgehensweisen besprochen. Gestützt auf diese Diskussionen beschlossen nun der Schulrat und der Gemeinderat, an der Schulbürgerversammlung vom 25. März 2010 eine Grundsatzabstimmung über die Bildung einer Einheitsgemeinde durchzuführen.

### **Schule konzentriert sich auf Pädagogik und Personalführung**

Mit der Einheitsgemeinde wird die bisher eigenständig agierende Schulgemeinde mit der Politischen Gemeinde zu einer Körperschaft zusammengeschlossen. Dies ermöglicht die Realisierung einer ganzheitlichen Gemeindepolitik, sodass Synergien ausgeschöpft werden können. Der Schulratspräsident nimmt dabei Einsitz im Gemeinderat. Die Anliegen der Schule werden so direkt in die Gemeindepolitik integriert. Die Schule kann sich so auf ihre pädagogischen Kernthemen konzentrieren und muss sich weniger um Themen wie Bautätigkeit, Finanzbewirtschaftung, Beschaffungen usw. kümmern, da diese Aufgaben durch die politische Gemeinde wahrgenommen werden. In einem zweiten Schritt nach der Grundsatzabstimmung werden die Kompetenzen des Schulrates innerhalb einer Einheitsgemeinde in einer Inkorporationsvereinbarung festgelegt. Die Einheitsgemeinde zeichnet sich durch die Einheit von Steuerhoheit und Budgethoheit aus. Das Verfahren läuft so ab, dass die Schulgemeinde in die Politische Gemeinde inkorporiert wird.

### **Schulrat vom Volk gewählt**

Die Kompetenzen für Pädagogik und Personalführung bleiben beim Schulrat. Er führt die Schule, handelt in pädagogischen Fragen eigenständig und ist allein verantwortlich. Diese Verantwortung wird in der Gemeindeordnung explizit verankert. Der Schulrat wird voraussichtlich aus maximal fünf Personen bestehen. Der Bürgerversammlung wird vorgeschlagen, dass der Schulrat weiterhin vom Volk gewählt wird.

### **Schulratspräsident im Gemeinderat**

Das Pensum des Schulratspräsidenten liegt zurzeit bei 40 Stellenprozenten. Die detaillierte künftige Organisation wird erst nach der angesetzten Grundsatzabstimmung festgelegt. Es wird aber bereits jetzt davon ausgegangen, dass für das Schulpräsidium weiterhin mindestens 40 Stellenprozente nötig sind. Der Schulratspräsident ist nach seiner Wahl durch die Bevölkerung automatisch Mitglied des Gemeinderates. Ob der Gemeinderat weiterhin fünf oder allenfalls sieben Mitglieder umfasst, wird bei

der späteren Detailplanung für die Einheitsgemeinde geprüft. Für den Schulratspräsidenten wird das gleiche Wahlverfahren wie für den Gemeindepräsidenten vorgeschlagen.

### **Kostenneutralität angestrebt**

Die Behörden sind sich bewusst, dass die Bürgerinnen und Bürger bereits vor der Grundsatzabstimmung gerne konkrete Aussagen zu den künftigen Kosten hätten. Diese sind ohne genaue Detailplanung nur schwer möglich. Klar ist, dass es Aufgaben- und Organisationsbereiche mit weniger und solche mit mehr Ausgaben geben wird. Die Erfahrungen anderer Einheitsgemeinden haben allesamt gezeigt, dass die Bildung einer Einheitsgemeinde etwa kostenneutral ist. Die Vorteile sind jedoch einfachere Abläufe und eine kohärentere Gesamtpolitik in der Gemeinde. Für den Bürger fällt eine Bürgerversammlung weg. Der Schul- und Gemeinderat haben sich zum Ziel gesetzt, die künftige Organisation so zu gestalten, dass keine Mehrkosten entstehen.

### **Grundsatzabstimmung als Auftrag an Behörden**

Die Grundsatzabstimmung betreffend Bildung einer Einheitsgemeinde wird an der Schulbürgerversammlung vom 25. März 2010 durchgeführt. Im Amtsbericht 2009 wird das Gutachten zu dieser Abstimmung erscheinen. Ein Ja zur Grundsatzabstimmung bedeutet für den Schulrat den verbindlichen Auftrag, dem Stimmbürger in nützlicher Frist eine Inkorporationsvereinbarung zum Entscheid zu unterbreiten. Der Stimmbürger der Schulgemeinde wird dann jedoch immer noch frei sein, der Inkorporation zuzustimmen oder nicht. Ein positiver Beschluss der Schulgemeinde über die Inkorporationsvereinbarung muss anschliessend bei der politischen Gemeinde dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Anschliessend ist die politische Gemeinde verpflichtet, die Schulgemeinde zu integrieren.

### **Und die Dorfkorporationen?**

Erste Gespräche wurden auch mit den Korporationen geführt. Die Dorfkorporation Jonschwil möchte im Herbst dieses Jahres ebenfalls eine Grundsatzabstimmung über einen allfälligen Anschluss an die politische Gemeinde ansetzen, um von ihren Stimmbürgern einen Vereinigungsauftrag zu erhalten oder um allenfalls den Weg der Eigenständigkeit weiterzuverfolgen. Über diese Abklärungen wird zu einem späteren Zeitpunkt informiert. Bei der Dorfkorporation Schwarzenbach ist vorderhand keine Abstimmung geplant.



*Die Bürgerversammlung entscheidet über den Grundsatz: Sollen Schule und Gemeinde eine Einheitsgemeinde werden?*